

# Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gespalzene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenvermittler. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Brauhausstraße 17. Er. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Nr. Leipzig Nr. 228 135.

**Bezugspreise:**  
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatlich 2.50 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk. einjährig 28.00 Mk. Abnahme- und Abrechnung werden allen Reichsgesetzlosen angenommen. Im amtlich, Zeitungsgesetz unter 2.000.000.000. Für unvollständig eingegangene Manuskripte wird kein Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Halle-Zeitung gestattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1190, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 340.

Halle, Sonnabend, den 23. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Don Erfurt nach Görlitz.

(Von unferm Berliner Mitarbeiter.)

Der Weltkrieg mit all seinen Wechsellagernden Folgen und in seinem Gefolge die Revolution, die was jener noch übrig gelassen hatte, ihrerseits aushöhlte und vernichtete, was vordem als Gesellschafts- und Staatserhaltend gegolten hatte, hat vor allem in dem niedergerodeten Deutschland die Sehnsucht nach neuen Idealen, nach neuen Formen des Gesellschafts- und Staatslebens geweckt. Aus dieser Sehnsucht heraus entstand auch alsbald nach der Revolution bei den politischen Parteien ein Suchen nach neuen Formen und Zielsetzungen, nach neuen Gefühlen mit neuem Inhalt. Unter der Wucht und dem Drange der Zeit beiziehlich die Parteien, mit neuen Programmen vor die Öffentlichkeit zu treten. Am längsten wartete damit die mehrheitssozialistische Partei, die gerade damals hoffen und glauben durfte, die ganze Erde der neuen Zeit in ihre Schranken zu führen. Diese Wartzeit ist nicht ohne Einfluß auf sie geblieben, sie hat indessen einsehen gelernt, daß sie mit ihrer alten Dogmatik die Formen der neuen Zeit nicht mehr umpannen kann, und sie trägt deshalb den veränderten Verhältnissen in ihrem neuen Programmverlauf gebührende Rechnung. Das ist freilich auch sehr nötig, denn das Erfurter Programm ist völlig überholt und durchlöcherig.

Das neue Programm, das auf dem diesjährigen Görlitzer Parteitag beraten werden soll, inhaltlich denn auch die größten Anagnorismen des Erfurter Programms aus oder macht wenigstens daran einen großen Bogen. In der Nachrevolution ist die ganze Erde der neuen Zeit in ihre Schranken zu führen. Diese Wartzeit ist nicht ohne Einfluß auf sie geblieben, sie hat indessen einsehen gelernt, daß sie mit ihrer alten Dogmatik die Formen der neuen Zeit nicht mehr umpannen kann, und sie trägt deshalb den veränderten Verhältnissen in ihrem neuen Programmverlauf gebührende Rechnung. Das ist freilich auch sehr nötig, denn das Erfurter Programm ist völlig überholt und durchlöcherig.

Das neue Programm, das auf dem diesjährigen Görlitzer Parteitag beraten werden soll, inhaltlich denn auch die größten Anagnorismen des Erfurter Programms aus oder macht wenigstens daran einen großen Bogen. In der Nachrevolution ist die ganze Erde der neuen Zeit in ihre Schranken zu führen. Diese Wartzeit ist nicht ohne Einfluß auf sie geblieben, sie hat indessen einsehen gelernt, daß sie mit ihrer alten Dogmatik die Formen der neuen Zeit nicht mehr umpannen kann, und sie trägt deshalb den veränderten Verhältnissen in ihrem neuen Programmverlauf gebührende Rechnung. Das ist freilich auch sehr nötig, denn das Erfurter Programm ist völlig überholt und durchlöcherig.

Das neue Programm, das auf dem diesjährigen Görlitzer Parteitag beraten werden soll, inhaltlich denn auch die größten Anagnorismen des Erfurter Programms aus oder macht wenigstens daran einen großen Bogen. In der Nachrevolution ist die ganze Erde der neuen Zeit in ihre Schranken zu führen. Diese Wartzeit ist nicht ohne Einfluß auf sie geblieben, sie hat indessen einsehen gelernt, daß sie mit ihrer alten Dogmatik die Formen der neuen Zeit nicht mehr umpannen kann, und sie trägt deshalb den veränderten Verhältnissen in ihrem neuen Programmverlauf gebührende Rechnung. Das ist freilich auch sehr nötig, denn das Erfurter Programm ist völlig überholt und durchlöcherig.

Das neue Programm, das auf dem diesjährigen Görlitzer Parteitag beraten werden soll, inhaltlich denn auch die größten Anagnorismen des Erfurter Programms aus oder macht wenigstens daran einen großen Bogen. In der Nachrevolution ist die ganze Erde der neuen Zeit in ihre Schranken zu führen. Diese Wartzeit ist nicht ohne Einfluß auf sie geblieben, sie hat indessen einsehen gelernt, daß sie mit ihrer alten Dogmatik die Formen der neuen Zeit nicht mehr umpannen kann, und sie trägt deshalb den veränderten Verhältnissen in ihrem neuen Programmverlauf gebührende Rechnung. Das ist freilich auch sehr nötig, denn das Erfurter Programm ist völlig überholt und durchlöcherig.

direkte und indirekte Steuern, von welsch letzteren schamhaft überhaupt nicht die Rede ist, in dem Programm etwas Erwähnung darin steht, ist gut demokratisch und also größtenteils so, daß es ohne weiteres unterschrieben werden kann. Die kommunalpolitischen Forderungen gar haben verwegene Ähnlichkeit mit den Programmen demokratischer Reformer, was es in unsern Augen natürlich nur um so wertvoller macht. Auf Einzelheiten eingehen, müßten wir uns dabei versagen. Vollständig abzulehnen aber ist die Forderung auf Schaffung geistlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben. Sowie gegen einzelne Forderungen in Kapitel Wohnungsneue einzuwenden ist, so erstrebt ist es, daß es eine Reihe gesunder bodenreformeller Punkte enthält.

In ganzen genommen wird die Meinung, die aus dem Programm spricht, die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie künftig erheblich erleichtert. Auf dem Wege der sozialistischen Einigung aber wird der Programmvertrag einen Stein bilden, über den die Unabhängigen wahrheitsgemäß heftig stolpern werden.

## Unabhängige Kritik.

Angefaßt der Einigungsbestrebungen zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen interessiert die Kritik der „Freiheit“ am sozialdemokratischen Programmverlauf. Sie überschreibt ihren kritischen Artikel mit den alles sagenden Worten: „Ein mißglückter Versuch“ und sagt: „Nirgendes auf eine wissenschaftlich-sozialistische Fragestellung die sozialistische Antwort, nirgendes ein Fortschritt. Die Grundbesitz des Marxismus selbst ist verlassen.“ Vom wissenschaftlichen Sozialismus ist man zum Standpunkt des utopischen Sozialismus zurückgekehrt. Vom Klassenkampf enthalte der Programmverlauf kein Wort. Er sei nur der Ausdruck der augenblicklichen Stagnation. Seine Annahme wäre vom Standpunkt der Gesamtbewegung schädlich, weil er die Kraft innerhalb des Sozialismus vertiefe.

## Die Wiederaufbau-Fragen.

Der beim Reichsministerium für Wiederaufbau bestehende Beirat für Reparationsfragen trat gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Rathenau zusammen. Der Beirat ist aus Mitgliedern des Reichsrates und des Reichstages, aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern, aus Handel, Industrie, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft gebildet. Zweck der Sitzung war die Aussprache über die Organisation der Vergütung der Reparationsleistungen durch den Reichskommissar zur Ausführung von Aufbaubarbeiten in den zerstörten Gebieten. Die Tagung wurde durch längere vertrauliche Ausführungen des Reichsministers eingeleitet. Erschwerende den Gang und den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Finanzierung der Reparationsleistungen und ihre Bewertung und erläuterte die Ziele, die durch die Verordnung betreffend die Anforderung von Warenlieferungen für den Wiederaufbau verfolgt werden. Soweit die Beziehungen zu Reparationsleistungen nicht auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen Betreibern und Lieferanten unmittelbar erfolgen, werden die Leistungen über die Tätigkeit laufen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Lieferungen, deren Umfang sich übrigens erst nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen übermitteln lassen wird, unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Günder und Vordestelle, sowie der Berufsgruppen anzubringen. Ein Zusammenstoß der Lieferungsverträge soll auf dem Wege der Selbstverwaltung die Entgegennahme, Aufteilung und Durchführung der Aufträge sichern. In der Aussprache ergab sich allgemeines Einverständnis mit den Auffassungen und Wünschen des Ministers. Dabei wurden von verschiedenen Beiratsmitgliedern wertvolle Anregungen gegeben, denen der Minister Prüfung und Berücksichtigung in Aussicht stellte. Insbesondere trat er mit Entschiedenheit dem gleichzeitigen gehörten Wunsch bei, zu verhindern, daß unübertragbare Reparationsleistungen an die Empfänger würden. Der Minister schloß mit Worten des Dankes und mit der Bitte an den Beirat, dem Wiederaufbauministerium auch weiterhin beratend zur Seite zu stehen.

## Oberschlesien auf Sommerurlaub.

Der französische Ministerpräsident Briand will am Montag einen längeren Sommerurlaub antreten. Eine Einigung zwischen Paris und London über Oberschlesien ist bis dahin ganz unwahrscheinlich. Frankreich besteht auf Truppenverpflichtungen und Sachverständigenausgleich. Pariser Meldungen wissen bereits zu berichten, daß General Foch die für Oberschlesien bestimmte französische Division schon bereit gestellt habe; nach Londoner Meldungen soll sie sogar schon auf dem Wege nach Oberschlesien sein. Man sieht dort diese vorläufige französische Truppenabteilung als einen Versuch an, die verwegene deutsche Bevölkerung zum Ausstand zu provozieren und die politischen Injuranten gleichzeitig zu neuen Einfällen zu ermutigen. Aber alles das vermag Herrn Briand nicht zum Einlenken zu veranlassen. Er reist einfach in Sommerurlaub. Da auch Lloyd George in den ersten Tagen des August auf längeren Urlaub fahren will und das englische Auswärtige Amt ebenso wie das italienische eine

Sommerpause ankündigt, so besteht kaum noch eine Aussicht auf Lösung der ober-schlesischen Frage vor September. Dann wird man sich also wieder mit frischen Kräften hinter den Kulissen über Oberschlesien streiten. Inzwischen werden die Zustände in dem unglücklichen Lande immer unerträglicher und die Entscheidungen immer dringlicher. Aber Herr Briand schied einfach die ober-schlesische Frage auf Sommerurlaub!

## Verhärfung der Sanktionen statt Abbau.

General Nollet, der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, hat Herrn Briand nach Paris „bedrückende Nachrichten über den Stand der Entwicklung in Deutschland“ überbracht. Die deutschen Behörden gäben der Kontrollkommission jede gewünschte Erleichterung bei ihrer Tätigkeit, die Waffen würden gut abgeliefert, und man könne sagen, daß Deutschland keine schwere Artillerie mehr besitze. Trotzdem ist der Verkehr zwischen dem unbesetzten und besetzten Deutschland neuerdings bedeutend erschwert worden. Seit 20. Juli haben sämtliche Personenzüge, die die Zolllinie passieren, einen obligatorischen Zollaufenthalt von 20 Minuten an den Grenzbahnhöfen zu nehmen, damit die Passagiere, die bis dahin während der Fahrt in den Zügen kontrolliert wurden, nun außerhalb der Züge aufs genaueste untersucht werden können. Dadurch gehen zahlreiche Anschlußverbindungen für die Reisenden verloren und es entstehen überaus empfindliche Zeitverluste. Das also ist Frankreichs Antwort auf die „gute“ Waffenablieferung Deutschlands!

## Unterdrückung der Deutschen in Neuguinea.

Der „Westminster Gazette“ zufolge veröffentlicht die in Australien erscheinende „The Review“ einen Aufsatz, in dem die Art und Weise kritisiert wird, in der die australische Regierung das ihr „vom Völkerbund übertrattete Land“ über Neuguinea ausübt. Unter anderem wird die raffinierte Grausamkeit getadelt, mit der den Deutschen in Neuguinea, von denen manche 15 bis 20 Jahre dort tätig waren, ihr Eigentum genommen wurde, ohne daß es ihnen möglich war, die Beschaffenheit des Wertes des ihnen genommenen Eigentums zu erfahren. Nach der Vertreibung der Deutschen, heißt es weiter, wurden die Plantagen der profitierenden Zeitung entlassener junger Leute unterstellt, die keine Kenntnis vom Kotosnupbaum und keine Erfahrung darin haben.

## Vor der Sühne des Bopparder Verbrechens.

Die beiden Bopparder Mordanschläger sind ermittelt und festgenommen und die französisch-türkische Kompanie, der die beiden Verbrecher angehörten, ist in der Nacht vom 8. zum 9. Juli abtransportiert worden. Die Verhandlung soll in etwa zwei Tagen vor dem Kriegesgericht in Bonn stattfinden. Die Unterdrückung des Opfers sowohl durch einen deutschen als auch durch einen französischen Arzt hat einwandfrei ergeben, daß vollendete Notzucht stattgefunden hat. Es muß dringend gefordert werden, daß die französische Justiz dies ungeheuerliche Verbrechen rückstandslos sühnen wird.

## Deutsche Hilfsaktion für Rußland.

Der Hilfsrat Maxim Gorkis an Gerhart Hauptmann ist an die Reichsregierung weitergeleitet worden. Diese hat festgestellt, daß er im Einverständnis mit der Sowjetregierung erfolgte. Maxim Gorki wird demnach selbst nach Berlin kommen. Die deutsche Regierung will durch Entsendung von Ärzten und Medicamenten eine Hilfsaktion für das hungernde Rußland einleiten durch Vermittlung des Roten Kreuzes. Lebensmittellieferungen in größerem Umfang sind bei der Lage Deutschlands leider unmöglich. Im Wolgagebiet sind auch viele deutsche Ansiedler von der Hungertatostrophe bedroht.

## Eine Reichstagsanfrage wegen der Rheinzollgrenze.

Die demokratischen Abgeordneten Erkelenz, Siegler, Kottel und Frau Lüder haben nachstehende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Der Wirtschaftsverkehr an der Rheinzollgrenze erschwert und verlangsamt sehr stark Handel und Industrie. Neben der Erschwerung und Verzögerung an der Zollgrenze ist besonders auch der erhöhte Zoll meist eine sehr erhebliche Sonderleistung für die Wirtschaft im besetzten Gebiet. Angefaßt der unermesslichen Weiterführung der Zollgrenze durch die Gegner wird es erforderlich, Klarheit darüber zu schaffen: 1. ob den Firmen des besetzten Gebietes die Ausgaben für die Rheinzollgrenze der Reichsregierung werden, 2. vornehmensfalls in welcher anderen Weise eine Regelung in Aussicht genommen ist. Eine schnelle Klärung dieser Frage ist dringend geboten.

